

Auftrag:

## Der Bürger als Datengnom

Christian Schlüter

Seit einem Jahr werden wir bestens, nämlich umfangreich, regelmäßig und zuverlässig informiert. Das Archiv des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden scheint wirklich unerschöpflich zu sein. Immer neue Geheimdokumente beweisen die Massenüberwachung durch US-amerikanische und britische Geheimdienste. Wir wissen jetzt, dass es kaum noch einen Lebensbereich gibt, in dem wir vor staatlicher Neugier sicher sind. Alle unsere Lebensäußerungen, insofern sie digitalisiert als Datensatz vorliegen, werden erfasst. Und zwar jenseits demokratischer oder parlamentarischer Kontrolle. Der eigentliche Souverän, also der Bürger, hat hier längst nichts mehr zu melden, sondern wurde zum bloßen, bestenfalls durch etwas Verbraucherschutz abgeschirmten Datenlieferanten degradiert. Zum beinahe rechtlosen Datengnom.

Vor etwas weniger als einem Jahr empörte sich der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, da stand er noch nicht in Regierungsverantwortung, über die „millionenfachen Grundrechtsverletzungen“ und zielte damit auf Angela Merkel: „Ich erwarte von der Bundeskanzlerin, dass sie die deutsche Verfassung in Amerika vertritt und nicht die Interessen der amerikanischen Geheimdienste in Deutschland.“

Gabriel hatte zum einen richtig erkannt, dass sich eine deutsche Regierung offenbar sehr schwer damit tat, die elementaren Rechte der ihr Schutzbefohlenen, also der Bürger, als politische Aufgabe ersten Ranges zu erkennen. Zum anderen sah der Politiker zu Recht „die Wertegemeinschaft in Gefahr, die uns immer mit Amerika verbunden hat“ – und damit auch das demokratisch-freiheitliche Wertefundament der Bundesrepublik.

Vergessen wir einmal, dass Gabriel heute in Regierungsverantwortung steht und wahrscheinlich nicht mehr viel von seinen frühen Einsichten wissen will. Gehen wir stattdessen einfach seinen Gedanken nach und führen sie etwas weiter: Worüber hat sich Gabriel eigentlich genau empört? Anders gefragt: Worin besteht der NSA-Skandal eigentlich für uns? Vielleicht darin, dass jemand wie Edward Snowden sein Leben dafür riskierte und immer noch riskiert, dass wir jetzt wissen, von wem und wie sehr unsere Grundrechte bedroht sind, und wir sie nicht zuletzt deswegen besser verteidigen könnten – aber die Bundesregierung nicht mal im Entferntesten erwägt, ihm ein bisschen Dankbarkeit zu erweisen und Asyl in Deutschland zu gewähren. Das wäre immerhin als moralischer Skandal zu beklagen. Aber noch nicht als der NSA-Skandal.

Der liegt ganz woanders, nämlich darin, dass unsere Regierung nichts, aber auch gar nichts gegen die „millionenfache Grundrechtsverletzung“ unternimmt und damit uns Bürger vollkommen allein lässt. Das heißt: Die politische Führung Deutschlands versagt in einem ganz zentralen Punkt, nämlich die in der Verfassung verbürgten Grundrechte zu garantieren. Das ist die

Selbstaufgabe der Politik durch sich selbst. Die Folgen von diesem Totalausfall sind erheblich.

55 Nach allgemeiner Auffassung nennen wir ein Gemeinwesen genau dann demokratisch, wenn neben freien Wahlen und Gewaltenteilung auch eine Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten gewährleistet ist. Nur dann nämlich sind unsere bürgerlichen Freiheiten geschützt, so da sind: Meinungsfreiheit, Privatsphäre und Teilhabe am politischen Leben. Formulieren wir diesen Sachverhalt etwas um, ließe sich 60 nur ein solches Gemeinwesen als demokratisch bezeichnen, in dem wir Bürger nahezu alles darüber wissen, was die uns gegenüber rechenschaftspflichtige Regierung tut, die Regierung ihrerseits aber nur sehr wenig darüber weiß, was wir, ihre Bürger denken, sagen oder tun. Mit anderen Worten, der demokratische Staat darf nur so viel wissen, dass er der Daseinsvorsorge seiner 65 Bürger dienen kann.

Demgegenüber zeichnen sich totalitäre Regime durch einen umfassenden Überwachungsapparat aus, mit dem sie ihre Bevölkerung kontrollieren und, indem sie das tun, auch disziplinieren. Hier ist das Verhältnis umgekehrt, denn hier weiß die 70 Regierung alles über ihre Untergebenen, diese aber wissen nahezu nichts über ihre Regierung. Gerade in der deutschen Geschichte finden sich diesbezüglich einige drastische Beispiele, übten hier doch Gestapo und Stasi ihre Schreckensherrschaft aus. Nun ist die Bundesrepublik Deutschland keine Diktatur. 75 Dennoch zeichnet sich auch hier die Tendenz ab und werden wir allmählich daran gewöhnt, dem Staat und seinen klandestinen Behörden immer mehr Befugnisse einzuräumen. Darin liegt also die Bedeutung des NSA-Skandals oder des „Fall Snowden“ für 80 uns: Eine schleichende, durch fortgesetzte Unterlassung beförderte Aushöhlung demokratischer Errungenschaften.

Wir haben uns mittlerweile eine informationelle Infrastruktur gegeben, die nicht anders als totalitär zu bezeichnen ist. Nicht auszudenken, wenn sie in die Hände einer autoritären Regierung 85 fiel – nichts könnte sie mehr aufhalten.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 07.06.2014, S. 11